



Kolping

Kolpingwerk
Land Oldenburg

Europäische Flüchtlingspolitik – kollektives Versagen einer Wertegemeinschaft?

Kolpingwerk Land Oldenburg fordert ein Ende der Flüchtlingsmisere

Ende des Jahres 2019 waren über 79,5 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. 26 Millionen dieser Menschen sind Flüchtlinge, die vor Konflikten, Verfolgung oder schweren Menschenrechtsverletzungen aus ihrer Heimat flohen. Darunter fallen 20,4 Millionen Flüchtlinge unter das Mandat von UNHCR. 40% der Vertriebenen weltweit sind Kinder unter 18 Jahren. 45,7 Millionen Menschen sind Binnenvertriebene, Menschen, die innerhalb ihres Landes auf der Flucht sind. 4,2 Millionen Menschen unter den 79,5 Millionen sind Asylsuchende. Quelle: <https://www.unhcr.org/dach/de/services/statistiken>

Auf ihrer Flucht ertrinken Männer, Frauen und Kinder. Andere Geflüchtete leben in völlig überfüllten Lagern. Kranke Flüchtlinge bekommen nicht die nötige medizinische Hilfe, Kinder gehen nicht zur Schule. Sie harren in den Lagern teils unter erbärmlichen Umständen aus.

Für aktuelle Probleme werden sofort schnelle und unmittelbare Lösungen benötigt, die den Menschen in ihrer Not helfen. In Deutschland waren und sind Städte und Gemeinden bereit, Geflüchtete aufzunehmen, vor allem Minderjährige und Familien mit Kindern. Das ist der richtige Weg und ein vorbildliches Verhalten für andere EU-Staaten.

Die Flüchtlings- und Migrationspolitik Europas darf nicht länger in Kauf nehmen, dass jährlich tausende Menschen an den Außengrenzen sterben oder brutale Gewalt erleben. Die Lebensrettung und der Schutz von Flüchtlingen, insbesondere die Wahrung der Menschenwürde von Schutzsuchenden müssen vorrangig gewährleistet sein.

Deshalb müssen die Staaten, die zu einem festen Verteilmechanismus bereit sind, mutig voranschreiten, um Ankunftsländer zu entlasten. Gleichzeitig sollten die Länder, die gegen einen Verteilerschlüssel stimmten, wie Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei nicht aus der Verpflichtung entlassen werden. Diese sollten anstelle dessen wenigstens in einen europäischen Flüchtlingsfonds einzahlen.

Die unbefriedigende Migrationspolitik hat den Populismus in Deutschland und Europa befördert und ein milliardenschweres Abkommen mit der Türkei bewirkt. Trotz sinkender Flüchtlingszahlen, hat die EU das Problem nicht gelöst. Die EU-Mitgliedstaaten bleiben tief gespalten, wie mit den Asylsuchenden umgegangen werden soll. Die EU ist handlungsunfähig und wird so erpressbar. Der türkische Präsident Erdogan droht wiederholt mit dem Öffnen der Grenzen, wenn Forderungen seinerseits nicht erfüllt werden. Dadurch macht Europa sich abhängig von der Türkei, die trotz ihres zweifelhaften Umgangs mit den Menschenrechten die Zollunion und den Beitritt zur EU fordert. Zugleich werden Millionen Flüchtlinge so zum Spielball politischer Interessen.

Die Fluchtursachen in den Herkunftsländern müssen nachhaltig bekämpft werden. Wenn Kriege beendet werden, sich die Lebensbedingungen für die Menschen langfristig verbessern, die Bildung und Ausbildung vorangetrieben wird, die ländliche Entwicklung gefördert und Arbeitsplätze geschaffen werden, dann werden die Menschen in ihrer Heimat bleiben bzw. zurückkehren.

Deutschland und Europa brauchen ein modernes Einwanderungsgesetz. Dieses Einwanderungsgesetz sollte im Einklang mit dem Asylrecht so gestaltet werden, dass z. B. auch subsidiär Geflüchtete, die eine Berufsausbildung hinter sich bringen, bleiben können. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung, wenn Integration gelingen soll.

Europa muss in seiner Flüchtlingspolitik von öffentlichen Solidaritätsbekundungen zu einer echten Solidarität übergehen. Allen Staaten, die sich bewusst dieser Solidarität verweigern und immer wieder Lösungsansätze innerhalb der Europäischen Union blockieren, muss mit konsequenten Maßnahmen begegnet werden. Die EU muss trotz deren Verweigerungshaltung endlich zu einem verlässlichen Aufnahmemechanismus kommen. Um die Handlungsfähigkeit der EU zu erhalten und zu festigen, muss vom Prinzip der Einstimmigkeitsbeschlüsse Abstand genommen werden.

Die Bundesregierung steht in besonderer Verantwortung darauf hinzuwirken, dass den Menschen, die sich teilweise in lebensbedrohlicher Not und menschenunwürdigen Verhältnissen befinden, akut und direkt geholfen wird. „Es reicht nicht aus, finanzielle Hilfe zu leisten, sondern es muss nun schnell und entschieden gehandelt werden, um die Menschen aus diesen unwürdigen und teilweise lebensbedrohlichen Zuständen herauszuholen. Zugleich ist die Gemeinschaft der EU aufgefordert, so schnell wie möglich eine gemeinsame europäische Lösung zu finden. Menschenleben retten, daran werden sich die Mitgliedstaaten sowie die Europäische Union messen lassen müssen.“ Dieser Forderung von Kolping Europa an die Europäische Union und an ihre Mitgliedsstaaten schließt sich das Kolpingwerk Land Oldenburg an.

In der Frage unseres Umgangs mit Geflüchteten wird sich letztendlich zeigen, ob die Europäische Union sich tatsächlich ihren christlichen und europäischen Grundwerten weiter verpflichtet fühlt.

Gaby Kuipers
Landesvorsitzende

Thorsten Siefert
Vorsitzender Fachausschuss
‘Arbeit und Gesellschaft sozial gestalten’

Andreas Bröring
Geschäftsführer

Kolpingwerk Land Oldenburg
Tel.: 04441 872-273

Bahnhofstr. 6 49377 Vechta
info@kolping-land-oldenburg.de

Vechta, 12. März 2021